Medienmitteilung
Bern, 29. November 2026

NEIN zur Mehrwertsteuererhöhung: Bundesrat muss die AHV-Reform beschleunigen

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv begrüsst die Ablehnung der unbefristeten Mehrwertsteuererhöhung zur teilweisen Finanzierung der 13. AHV-Rente. Dieses NEIN verhindert eine zusätzliche Belastung für die KMU und die Bevölkerung. Der Bundesrat muss dem Parlament nun rasch eine echte Strukturreform der AHV vorlegen, die die Finanzierung der 13. AHV-Rente einbezieht.

Die vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte beim Normalsatz hätte nur rund ein Drittel der Kosten der 13. AHV-Rente gedeckt, ohne das finanzielle Gleichgewicht der AHV dauerhaft wiederherzustellen. Sie hätte den Konsum belastet und die Unternehmen mit einer schwächeren Nachfrage konfrontiert. Zudem werden die Margen unter Druck geraten, soweit sie die Erhöhung nicht vollständig über ihre Preise weitergeben können.

«Es muss Schluss sein mit immer neuen Zusatzfinanzierungen, die es ermöglichen, Reformen aufzuschieben. KMU und Bevölkerung können nicht unbegrenzt weiter belastet werden», sagt sgv-Präsident und Ständerat Fabio Regazzi.

Die Finanzierung der 13. AHV-Rente in eine Gesamtreform integrieren

Der sgv hat von Anfang an gefordert, die Finanzierung der 13. AHV-Rente in eine umfassende strukturelle Reform der AHV zu integrieren. Die Annahme dieser neuen Leistung im März 2024 hätte den Bundesrat dazu veranlassen müssen, diese Arbeiten zu beschleunigen. Er hat einer separaten Finanzierung den Vorrang gegeben. Nun muss er beide Dossiers in einer kohärenten Vorlage zusammenführen.

Im Dezember wird die 13. AHV-Rente erstmals ausbezahlt, ohne dass ihre langfristige Finanzierung gesichert ist. Die Gewerkschaften müssen sich an ihren Aussagen im Abstimmungskampf messen lassen: Sie hatten eine Finanzierung ohne spürbare zusätzliche Beitragsbelastung in Aussicht gestellt.

Referenzalter an die demografische Entwicklung anpassen

Die Vorlage AHV 2030 muss jetzt grundlegend überarbeitet werden. Angesichts der steigenden Lebenserwartung und des zunehmend ungünstigen Verhältnisses zwischen Erwerbstätigen und Rentenbezügern gilt es, das Referenzalter schrittweise und vorhersehbar anzuheben. Dabei soll langen Erwerbsbiografien Rechnung getragen werden. Branchenspezifische sowie sozialpartnerschaftliche Lösungen sollen weiterhin ermöglicht werden.

Mit seinem überwiesenen Postulat zur Einsetzung einer unabhängigen Expertengruppe fordert sgv-Präsident Fabio Regazzi zudem eine umfassende Analyse der Einnahmen- und Ausgabenseite der AHV sowie die Entwicklung langfristig tragfähiger Reformmodelle. Die vom Bundesrat eingesetzte Gruppe ist nicht unabhhängig: hier muss der Bundesrat nachbessern.

Urs Furrer, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes sagt: «Das heutige NEIN muss für den Bundesrat Anlass sein, die AHV-Reform 2030 zu beschleunigen und die strukturellen Probleme anzugehen. Die AHV muss auch für kommende Generationen finanzierbar bleiben, ohne die Kaufkraft der Bevölkerung und die Wettbewerbsfähigkeit der KMU durch immer höhere Steuern und Abgaben zu gefährden.»

JA zum Kriegsmaterialgesetz: Ein wichtiges Signal für den Werkplatz Schweiz

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv begrüsst die Annahme der Revision des Kriegsmaterialgesetzes. Mit diesem JA stärkt die Schweiz ihre sicherheitsrelevante Industrie und schafft bessere Rahmenbedingungen für den Werkplatz Schweiz. Die Rüstungsindustrie beschäftigt direkt rund 140'000 Vollzeitstellen. Unter Einbezug der Zulieferbetriebe und der Unternehmen im Dual-Use-Bereich sind bis zu 160'000 Arbeitsplätze und 35 Milliarden Franken Wertschöpfung betroffen.

Die Revision gibt dem Bundesrat den notwendigen Handlungsspielraum, um in ausserordentlichen Situationen die aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz zu wahren. Gleichzeitig bleiben die internationalen Verpflichtungen der Schweiz und die strengen Kriterien zum Schutz der Menschenrechte bestehen. Dieter Kläy, Ressortleiter Arbeitsmarkt und stellvertretender Direktor des sgv, sagt: «Der Entscheid verbessert die Voraussetzungen dafür, dass industrielle Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Know-how in der Schweiz erhalten bleiben. Der sgv erwartet nun eine rasche Umsetzung der Gesetzesrevision.»

Weitere Auskünfte

Urs Furrer, Direktor, Mobile 079 215 81 30
Simon Schnyder, Ressortleiter Sozial- und Gesundheitspolitik, Mobile 077 425 39 75

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv rund 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.